

Das bedingungslose Grundeinkommen

Ein sozialdemokratisches Konzept



Stand: 02.10.2018

- Bedingungsloser Universaltransfer für Bürger der Bundesrepublik als existenzsicherndes Einkommen
- Erwachsene erhalten 1000 € pro Monat, Minderjährige die Hälfte
- Reform der Einkommenssteuer sowie der Sozialversicherung
- Einheitlicher Steuersatz zwischen 50% und 55% auf Einkommen aus Kapital und Arbeit → Wirkung wie negative Einkommenssteuer
- Ergänzende Finanzierung über Finanztransaktionssteuer
- Bürgerversicherung bei den Sozialversicherungen, die ebenfalls aus der Einkommenssteuer finanziert werden
- Wegfall von gewissen Sozialleistungen wie ALG II, Kindergeld, usw.

Ziele eines Grundeinkommens



- Transparenterer Sozialstaat durch Bündelung von Sozialleistungen
- Bessere Absicherung gegen Armut und Existenzängste
- Einfacheres Steuersystem
- Nachhaltigere Finanzierung des Sozialstaates
- Umverteilung
- Mehr Freiheit bei der Gestaltung der eigenen (Erwerbs-)Biografie

Höhe des Grundeinkommens



- Muss mindestens das gesetzliche Existenzminimum abdecken → Im Jahr 2017 sind das 750€ monatlich im Bundesschnitt
 - Gesellschaftliche Teilhabe macht eine höhere Summe erforderlich
 - Je höher das Grundeinkommen, desto höher der Grad der Freiheit und die soziale Sicherheit
 - Aber: Je höher das Grundeinkommen, desto teurer die Finanzierung und desto geringer Arbeitsanreize
- 1000 Euro für Erwachsene und 500 Euro für Minderjährige stellen einen guten Mittelweg dar

- Reine Kosten des Grundeinkommens: Ca. 875 Mrd. €
- Neue Einkommenssteuer erfasst sämtliche Einkommen →
Geschätztes Aufkommen mit einem Steuersatz von 50% - 55%:
Steuersatz*Volkseinkommen = 1.217 – 1.339 Mrd. €
- Bisherige Einkommenssteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge
fallen weg: 823 Mrd. €
- Übernahme Kosten PKV und PPV: 25 Mrd. €

Minderausgaben des Staates durch Umstellung:

- Steuerliche Kappung von Renten und Pensionen: 166-183 Mrd. €
- Wegfallende Leistungen von Grundsicherung: 45 Mrd. €
- Kindergeld und Familienausgleichsgesetz: 45 Mrd. €
- Einsparungen ALG I : 18 Mrd. €
- Geringere Verwaltungsausgaben: Niedriger zweistelliger Milliardenbetrag
- Zuschüsse des Staates zu Sozialversicherungen: 110 Mrd. €

Finanzierung



Veränderung von Einnahmen		Veränderung von Ausgaben	
Wegfall Sozialversicherungsabgaben	- 592 Mrd. €	Zahlung Grundeinkommen	+ 875 Mrd. €
Wegfall bisherige Einkommenssteuern	- 303 Mrd. €	Wegfall Bundeszuschuss Sozialversicherungen	- 110 Mrd. €
Neue Einkommenssteuer	+ 1217-1339 Mrd.€	Grundsicherung	- 45 Mrd. €
Finanztransaktionssteuer	+ ?? Mrd. €	Kindergeld und Familienausgleichsgesetz	- 45 Mrd. €
		Steuerliche Kappung Renten/Pensionen	- 166-183 Mrd. €
		Übernahme Kosten private Kranken- und Pflegeversicherung	+ 25 Mrd. €
		Einsparungen Arbeitslosenversicherung	- 18 Mrd. €
		Verwaltungsausgaben	- ?? Mrd. €
Gesamt	+ 322-444 Mrd. €	Gesamt	+499-516 Mrd. €

- Finanztransaktionssteuer insbesondere als finanzieller Puffer
- Steuersatz, der das Aufkommen maximiert, muss ermittelt werden
- Schätzung: 0,05% bringt ein Aufkommen zwischen 0,7% und 1,5% für Deutschland ein (23-49 Mrd. €), ein höherer Satz wahrscheinlich mehr
- Steuer macht eine Reihe von Finanztransaktionen unrentabel → Steueraufkommen steigt nur regressiv zum Steuersatz und dürfte ab einem gewissen Steuersatz sogar sinken

Finanzierung



- Grundeinkommen ist finanzierbar, wenn der gesellschaftliche Wille da ist → Finanzierungslücke in der tabellarischen Übersicht kann durch die Finanztransaktionssteuer, ggf. Anpassungen bei der Mehrwertsteuer und Einsparung von Verwaltungskosten bewältigt werden

Kranken- und Pflegeversicherung



- Zusammenfassung aller Menschen (egal gesetzlich oder privat versichert) in einem einheitlichen System nach Vorbild der gesetzlichen Krankenversicherung
- Finanzierung: Bisherige Beiträge werden Teil der neuen Einkommenssteuer, keine zusätzlichen Kosten (außer bei Zusatzversicherungen oder spezifischen Zusatzbeiträgen)

Rentenversicherung



- Ebenfalls Umwandlung in Bürgerversicherung, finanziert aus Mitteln der neuen, zentralen Einkommenssteuer
- Grundeinkommen stellt Einkommenssockel bzw. Mindestrente dar, durch die Existenz i.d.R. gesichert wird → Verrechnung der Rente mit dem Grundeinkommen widerspricht dem Leistungsgedanken → Lösung: Kappung des nominalen Rentenanspruches um die Einkommenssteuer, um Kosten in Grenzen zu halten und gleichzeitig über ein Erwerbsleben erworbene Ansprüche gerecht zu werden
- Beispiel Bruttorente 900 Euro bei Steuer von 50%: $1000\text{€ BGE} + 0,5 * \text{Bruttorente} = 1450 \text{ € insgesamt}$

Arbeitslosenversicherung



- Funktion (Einkommensausfall durch Arbeitslosigkeit) wird zum Teil vom Grundeinkommen abgedeckt
- Als Puffer wird Grundeinkommen mit ALG I verrechnet
- Beispiel 1: Anspruch ALG I von 950 € → 1000 € Grundeinkommen + 0€ ALG I
- Beispiel 2: Anspruch ALG I von 1300 € → 1000 € Grundeinkommen + 300 € ALG I
- Alle Steuerzahler zahlen ein → Höchstbetrag notwendig

Beispielrechnungen

Alleinstehend, keine Kinder



Haushaltseinkommen vor Steuern und Grundeinkommen	Haushaltseinkommen nach Steuern (Steuersatz 50%)	Haushaltseinkommen nach Steuern und Grundeinkommen	Nettobesteuerung des Einkommens
0 €	0 €	1000 €	-
1000 €	500 €	1500 €	- 50 %
2500 €	1250 €	2250 €	10 %
5000 €	2500 €	3500 €	30 %
10.000 €	5.000 €	6.000 €	40 %
25.000 €	12.500 €	13.500 €	46 %

Beispielrechnungen

Alleinstehend, ein Kind



Haushaltseinkommen vor Steuern und Grundeinkommen	Haushaltseinkommen nach Steuern (Steuersatz 50%)	Haushaltseinkommen nach Steuern und Grundeinkommen	Nettobesteuerung des Einkommens
0 €	0 €	1500 €	-
1000 €	500 €	2000 €	- 100 %
2500 €	1250 €	2750 €	- 10 %
5000 €	2500 €	4000 €	20 %
10.000 €	5.000 €	6.500 €	35 %
25.000 €	12.500	14.000 €	44 %

Beispielrechnungen

Ehe/Verpartnert, zwei Kinder



Haushaltseinkommen vor Steuern und Grundeinkommen	Haushaltseinkommen nach Steuern (Steuersatz 50%)	Haushaltseinkommen nach Steuern und Grundeinkommen	Nettobesteuerung des Einkommens
0 €	0 €	3.000 €	-
1000 €	500 €	3.500 €	- 250 %
2500 €	1250 €	4.250€	- 70 %
5000 €	2500 €	5.500 €	- 10 %
10.000 €	5.000 €	8.000 €	20 %
25.000 €	12.500	15.500 €	38 %

Einordnung in die Grundeinkommens-Debatte



- Kein radikaler Bruch mit dem alten Sozialstaat, da Elemente mit Veränderungen Renten- und Arbeitslosenversicherung erhalten bleiben
- Mittelweg zwischen neoliberalen Ansätzen eines Grundeinkommens (niedriges Niveau mit starkem Abbau des Sozialstaates, geringe finanzielle Kosten) und emanzipatorischen Ansätzen (hohes Niveau, zum Teil mit vollständigem Erhalt des bisherigen Sozialstaates, hohe finanzielle Kosten)

Das BGE, Europa und Migration



- Europaweite Einführung eines Grundeinkommens wünschenswert, aber nicht zwingend notwendig
- Domino-Effekt durch Einführung eines BGE auf andere Staaten durchaus vorstellbar
- Kein automatischer Anspruch auf Grundeinkommen bei Zuwanderung → Anspruch kann durch Arbeit/Tätigkeit über einen Zeitraum von beispielsweise 10 Jahren erarbeitet werden